

Darf in Deutschland noch gefragt werden?

Sollen wir in der Industrie und dem Handwerk pauschal und kritiklos allen öffentlichen Vorgaben zustimmen? Irgendwie widerstrebt uns das, denn wir leben vom Hinterfragen und den daraus hervorgehenden Änderungen. Bekannte Sachverhalte nicht als gegeben hinzunehmen, ist die Basis unserer Optimierungen und Erfindungen im täglichen Berufsleben. Daraus hervorgehende Veränderungen suchen und wollen wir, sie steigern unsere Wettbewerbsfähigkeit, verbessern unsere Marktposition und sichern unsere Zukunft. Das ist die Grundlage unserer sozialen Zukunft im globalen Wettbewerb.

Diese Arbeitsweise haben Politiker, Behörden oder die Institutionen der öffentlichen Hand verlassen. Die allgemeine Stimmung der Bevölkerung kennzeichnet eine wachsende Unzufriedenheit, bei uns in Deutschland und übergeordnet bei unseren Partnerländern in Europa. England mag mit seinem Votum aus der EU ausgetreten sein – ob es Europa nicht möchte, bezweifle ich, dass es Verwaltungsexzesse in Brüssel nicht mag, verstehe ich.

Einleitend gesagt: deswegen ist nicht alles schlecht, weder in Deutschland noch in Europa. Es gibt zweifellos viele Vorteile. Es geht um die Frage, wie offen wir sind, um Gutes noch besser zu machen, und es geht darum, schlechte Antworten aus den Köpfen der Regierenden zu verbannen. Diese lauten beispielhaft: »bei den Anderen ist es auch nicht besser« oder »die Vorteile in unserem Land genießen sie aber gerne, oder?«.

Unsere Optimierungen in Industrie und Handwerk haben zu einer hervorragenden Wirtschaftslage geführt und der Staat freut sich über die deshalb sprudelnden Steuern. In den besten Jahren ist er nicht in der Lage, anständig zu wirtschaften und seine Schuldenlast abzubauen. Er muss handeln! Ich sehe ihn als Dienstleister der Gesellschaft, des Handwerks und der Industrie. Und er sollte besser zuhören können, die Meinung Dritter abwägen und dann entscheiden. Auch Dienstleister müssen ihre Qualität hinterfragen.

Bestandteil einer Zertifizierung ist es, sich über seine Prozesse Gedanken zu machen, seine Lieferanten einzubinden und die Zufriedenheit der Kunden zu gewährleisten. Das Produkt muss qualitativ stimmen, pünktlich verfügbar sein und preis-



Dr. Benedict Korischem
Geschäftsführender Gesellschafter
Peiseler GmbH & Co. KG

lich im Wettbewerb bestehen. Wenn ich heute die Behörden unseren Lieferanten gleichsetzen würde, diese Behörden in gleicher Weise zertifizieren würde, würde keine mir bekannte Behörde eine nur annähernd ausreichende Note erhalten. Traurig aber wahr, sie würden alle von der Lieferantenliste gestrichen.

Es ist ja schön, dass der Beamtenstaat abgebaut werden soll oder wird. Es ist nur falsch, dass aus diesem Grund die einzuhaltenden Auflagen tagtäglich verschärft werden. Grund scheint hier ein tiefes Misstrauen gegenüber der eigenen Vorgehensweise zu sein. Warum muss die Übergabe der Kontrolle in nicht staatliche Hände direkt mit einer Verschärfung der Grenzwerte einhergehen? Kann nur so der derzeitige Standard gewährleistet werden? Warum denn eigentlich? Die Einhaltung durch Industrie und Handwerk wird mit Gutachter zur Auflage gemacht werden. Diese bezahlt Vater Staat nicht und eine Verschärfung aus Eigennutz kann man den Gutachtern kaum absprechen.

Bei einem Bauvorhaben quält man sich durch Genehmigungsverfahren, die sehr umfassend sind. Eine Vielzahl an Behörden stellt Anforderungen und macht Auflagen. Die Einhaltungskontrolle erfolgt durch zertifizierte Gutachter, bei bereits genehmigten Bauvorhaben, die

von zertifizierten Fachbetrieben gebaut worden sind, die wiederum Bauart geprüfte Produkte verbaut haben. Dann kommt das Bauamt zur Abnahme. Wofür diese Arbeit? Wer sich ein solches System aufbaut, der scheitert dann konsequenterweise an eigenen Maßstäben. Dies geschieht zurzeit bei der nicht endenden Baustelle »Flughafen Berlin«. Nur mal so zum Vergleich: Der neue Terminal 2 in Mumbai, Indien, war in drei Jahren fertig. Er hat eine komplett neue Schnellstraße, Bauzeit zwei Jahre.

Woran misst der Staat sich zurzeit, wenn Lehrer heute noch ihr Sabbatjahr nehmen dürfen und gleichzeitig die Entscheidung kommt, Kinder lernen aus Kostengründen nicht mehr schwimmen. Wenn wir gnadenlos im Verkehrswesen für jedes Kleinstvergehen zur Verantwortung gezogen werden, uns vor Gericht jegliche Rechte des Einspruchs hierzu genommen werden und gleichzeitig entschieden wird, dass Taschendiebstahl so gut wie gar nicht mehr rechtlich verfolgt wird. Die Vorgabe, die Polizei soll nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten handeln, ist falsch. Das bedeutet: es läuft auf mehr für Einnahmen sorgende Verkehrsahndungen hinaus, deren Sinnhaftigkeit in den Hintergrund tritt. Wir brauchen mehr Polizei und nicht mehr Verkehrsüberwachung. Wir brauchen Richter und Richterinnen, die sich Ihrem Beruf verpflichtet fühlen und zeitnah ein Recht sprechen, in dem die Verhältnismäßigkeit wieder hergestellt wird. Bürger und Staat leben sich ansonsten mehr und mehr auseinander.

Es ist schon interessant, dass Vater Staat in seinen Krankenhäusern seine angestellten Ärzte in Schichtmodelle und Arbeitszeiten presst, die der Industrie und dem Handwerk verboten werden. Sehr wohl verstehe ich, dass Ärzte in das benachbarte Ausland abwandern. Das Mitbestimmungsrecht, die Entlohnung und die Nettoauszahlung sind in vielen Ländern einfach deutlich besser. Reformen sind im Ansatz in Deutschland nicht erkennbar.

Wir Deutsche gelten als sehr reiselustiges Völkchen und das ist gut so, es öffnet unsere Toleranz und unser Verständnis. Wir können den Staat bei den notwendigen Reformen unterstützen, wenn wir uns mit wachen Augen im Ausland anschauen, was denn dort besser gemacht wird und wie wir es übertragen können. Keine Angst vor Optimierungen!



peiseler.de